



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Julia Post, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Radikalisierungsprävention flächendeckend ausbauen
(Kap. 10 07 Tit. 684 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 684 60 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen) für das Jahr 2026 von 4.903,3 Tsd. Euro um 250,0 Tsd. Euro auf 5.153,3 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 684 60 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen) für das Jahr 2027 von 4.939,5 Tsd. Euro um 250,0 Tsd. Euro auf 5.189,5 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Antiradikalisierungsarbeit soll dauerhaft finanziell gefördert und in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen durch Präventionsangebote verankert werden. Entsprechende Fach- und Beratungsstellen sollen für die Durchführung von für ihre Arbeit notwendigen Medienkompetenz-Trainings finanzielle Zuschüsse erhalten. Die zusätzlichen Mittel stehen dafür zur Verfügung.